

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/120: 30.06.2011 – 30.06.2011

30.06.2011

BRD: Der deutsche Bundestag beschließt am 30. Juni 2011 den Atomausstieg und die sogenannte Energiewende.

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 30. Juni 2011: >>Historischer Beschluß: Atomausstieg bis 2022 perfekt

Als erste große Industrienation steigt Deutschland nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bis 2022 endgültig aus der Atomenergie aus.

Der Bundestag stimmte am Donnerstag in Berlin mit einer parteiübergreifenden Mehrheit von 513 Ja-Stimmen bei 79 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen für diesen historischen Wendepunkt in der Energiepolitik. SPD und Grüne unterstützten den Kurs der Regierungskoalition aus Union und FDP. Als Konsequenz aus der Fukushima-Katastrophe werden acht Atomkraftwerke sofort stillgelegt und die restlichen neun Meiler schrittweise abgeschaltet. Ein 30 Jahre währendes Kampftema wird damit im breiten Konsens befriedet.

SPD und Grüne kritisierten aber scharf, daß die Regierung den Ausstieg als eigenen Erfolg verkaufe, obwohl sie sich weitgehend am früheren rot-grünen Ausstiegsbeschluß orientiere. Insgesamt wurde ein über 700 Seiten starkes Gesetzespaket vom Bundestag angenommen. Mit den Maßnahmen sollen auch Stromnetze schneller ausgebaut, Gebäude besser gedämmt und der Ökostromanteil bis 2020 von heute 19 auf mindestens 35 Prozent erhöht werden. Die Opposition stimmte mehreren Energiemaßnahmen nicht zu, weil sie ihnen nicht weit genug gehen.

Gegen den Ausstieg stimmten sieben Abgeordnete von Union und FDP. Die Linke lehnte geschlossen das Gesetz ab, weil das Atom-Ende nicht schnell genug komme. Mit dem Entscheid, dessen Auszählungsergebnis erst nach Ende der Energiedebatte vor fast leeren Rängen im Parlament verkündet wurde, wird die erst im vorigen Herbst von Union und FDP beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre widerrufen.

Rot-Grün fühlt sich als moralischer Sieger, weil die Regierung auf den alten Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückkehre. "Dieser Ausstieg ist unser Ausstieg", sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre Koalition stiegen nur aus purem Machterhalt aus der Atomkraft aus, SPD und Grüne aus "schierer Überzeugung". Gabriel forderte Neuwahlen, weil die Bundesregierung nun der FDP zuliebe auch noch die Steuern senken wolle. "Hören Sie einfach auf. Das wäre der beste Neustart für unser Land", rief Gabriel Merkel zu.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern schaut so aus: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) sprach von einer Art Revolution: "Das ist ein sehr guter Tag für Deutschland." Nach rund 30-jähriger kontroverser, teils unversöhnlicher Debatte beschließt das Parlament einen energiepolitischen Konsens. Kein Industrieland sei beim Ausbau des Ökostroms so ehrgeizig. Im Ausland werde gesagt: "Wenn es ein Land schaffen kann, dann sind es die Deutschen."

Scharfen Widerspruch ertete Röttgen für die Aussage, daß die schwarz-gelbe Koalition die erneuerbaren Energien nach vorne bringe. Gabriel betonte, SPD und Grüne hätten vor mehr als zehn Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz beschlossen, das Merkel damals abgelehnt habe und was die Koalition nun als Erfolgsmodell feiere.

Fraktionschefin Renate Künast sagte, das "Ja" der Grünen zur Energiewende sei ein "Ja, aber". So sei etwa das Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien auf 35 Prozent zu steigern, nicht ausreichend. Außerdem werde man sich für mehr Sicherheit bei den neun restlichen Meilern und für eine bundesweite Endlagersuche einsetzen.

Die Linke forderte, den Ausstieg im Grundgesetz festzuschreiben, scheiterte aber mit einem entsprechenden Antrag. Nur so wäre die Abkehr von der Kernenergie unumkehrbar, sagte Fraktionschef Gregor Gysi. "So bleibt es ein Atomausstieg mit Rückfahrkarte."

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler wies die Kritik der Opposition zurück. Die Entscheidungen von Schwarz-Gelb gingen deutlich über den Ausstiegsbeschluß von Rot-Grün hinaus, sagte der FDP-Chef. Die Wirtschaft werde nicht übermäßig belastet. Für deutsche Firmen böten sich im In- und Ausland sogar neue Chancen.

Der Bundesrat soll das Atomgesetz am 8. Juli noch billigen, er kann es aber nicht stoppen. Ärger gibt es um die Windkraftförderung an Land. Baden-Württembergs Bundesratsminister Peter Friedrich (SPD) sieht die von Union und FDP durchgesetzten Änderungen als unvereinbar an mit dem Ziel, im Südwesten viele neue Windräder aufzustellen. Daher sprach er sich in der "Stuttgarter Zeitung" für die Anrufung des Vermittlungsausschusses aus, um hier eine neue Lösung zu finden.<<

Die Tageszeitung "Berliner Morgenpost" berichtet am 30. Juni 2011: >>**Bundestag beschließt Atomausstieg bis 2022**

Atomkraft ade: Das Parlament macht den Weg für eine Energiewende frei und beschließt mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis zum Jahr 2022 – als erste führende Industrienation.

Der Bundestag hat knapp vier Monate nach der Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg beschlossen. Die schwarz-gelbe Koalition legte mit Stimmen von SPD und Grünen und damit großer Mehrheit fest, daß der letzte deutsche Meiler spätestens 2022 abgeschaltet werden soll. Die sieben ältesten Atommeiler und das AKW Krümmel bleiben vom Netz. Damit kehrt Deutschland nach der vor einem halben Jahr beschlossenen Laufzeitverlängerung im Kern zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von vor zehn Jahren zurück.

Ein historischer Beschluß im Bundestag: Deutschland steigt damit als erste führende Industrienation endgültig aus der Atomenergie aus. Es gab 513 Ja- und 79 Nein-Stimmen sowie 8 Enthaltungen. Acht Atomkraftwerke werden sofort stillgelegt, die übrigen neun AKW stufenweise bis 2022.

Union, FDP, SPD und Grüne stimmten für eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes. Die Linke forderte einen früheren Ausstieg. Mit dem Beschluß wird die erst im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung um bis zu 14 Jahre zurückgenommen und für jedes der verbleibenden neun Atomkraftwerke ein festes Abschaltdatum eingeführt.

SPD und Grüne werteten die Entscheidung als ihren Erfolg, weil Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihre Regierung weitgehend zum rot-grünen Ausstiegsbeschluß von 2001 zurückgekehrt ist. Nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima hatte sich Merkel zu einer Kehrtwende in der deutschen Atompolitik entschlossen.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft bleibt. Die Reihenfolge der Abschaltung bei den neun verbleibenden Atommeilern ist folgende: 2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg II, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar II, Neckarwestheim II und Emsland.

Auch die übrigen sieben Gesetze zur Energiewende wie etwa das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zur Förderung des Ökostroms und die Beschleunigung des Netzausbaus billigte das Parlament. Das Gesetzespaket muß am 8. Juli noch den Bundesrat passieren. Die Regelungen sind bis auf die Steuerentlastung bei der Gebäudesanierung aber nicht zustimmungspflichtig.<<

Voraussichtliche Folgen des Kernenergieausstiegs und der sog. "Energiewende" **Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2022**

Bundeskanzlerin Merkel und die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und FDP) verlängerten im September 2010 die Laufzeit der deutschen Kernkraftwerke um durchschnittlich 12 Jahre. Die Regellaufzeit der Kernkraftwerke wurde damals von 32 Jahre auf 40 bis 46 Jahre erhöht.

Nach einer Umweltkatastrophe (Erd- bzw. Seebeben) in Japan, bei der am 11. März 2011 weite Küstenregionen zerstört wurden, wovon auch die Kernkraftwerke in Fukushima schwer betroffen wurden, beschlossen Bundeskanzlerin Merkel und die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) völlig überraschend - aus nationalen Sicherheits- und Selbsterhaltungsgründen - bis 2022 vollständig aus der Kernenergie auszusteigen.

Diese staatliche Maßnahme (sog. "Energiewende") geschah damals wahrscheinlich aus wahltaktischen Gründen, denn Deutschland zählt nachweislich nicht zu den besonders gefährdeten Erdbebengebieten. Nach dieser Umweltkatastrophe (Erd- bzw. Seebeben) in Japan beschloß weltweit nur die deutsche Bundesregierung den Ausstieg aus der Kernenergietechnik. Sogar Japan entschied später, weiterhin auf die Nutzung der Kernenergie zu setzen, um eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten.

Vermeidung der staatlichen Haftung für Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen

Alle deutschen Kernkraftwerke wurden ursprünglich von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben.

Diese Kernkraftwerke wurden aufgrund von EU-Vorgaben seit Mitte der 1980er Jahre durch die deutsche Bundesregierung privatisiert. Im Verlauf dieser "eleganten Privatisierung" erzielte der deutsche Staat nicht nur hohe Verkaufspreise für die Kernkraftwerke, sondern gleichzeitig gelang es auch, die enormen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen an die privatisierten Energieversorgungsunternehmen zu "übertragen" bzw. sich aus der "staatlichen Verantwortung" zu stehlen.

Drastischer Personalabbau und Unterlassung von Neubauten sowie Instandhaltung und Wartung

Aufgrund des staatlich angeordneten Kernenergieausstiegs (vorzeitige Stilllegung bzw. entschädigungslose Zwangsenteignung der in den 1980er Jahren privatisierten deutschen Kernkraftwerke) wurden die privaten Betreiber von Kernkraftwerken wesentlich früher als erwartet mit den riesigen Entsorgungs- und Stilllegungsverpflichtungen sowie den wirtschaftlichen Folgen der "Energiewende" bzw. der staatlichen Planwirtschaft konfrontiert (Zwangsabschaltung von konventionellen Kraftwerken bei hoher Stromerzeugung von Windkraftwerken etc.). Die Energieversorgungsunternehmen reagierten sofort mit hektischen Sparprogrammen (in erster Linie mit einem drastischen Personalabbau), um Mindereinnahmen auszugleichen.

Im Rahmen der vielfältigen Rationalisierungs- und Kostensenkungsmaßnahmen werden zahl-

lose hochqualifizierte Mitarbeiter der Energieversorgungsunternehmen in den Vorruhestand geschickt oder durch betriebsbedingte Kündigungen entlassen. Diese regelrechte Arbeitsplatzvernichtung beeinträchtigt naturgemäß die Qualität und Funktionstüchtigkeit der deutschen Energieversorgungsanlagen. Aufgrund fehlender Einnahmen werden geplante Neubauten nicht realisiert und regelmäßige Instandhaltungsarbeiten sowie Nachrüstungen von Kraftwerken und Netzen entfallen.

Reparaturen und dringende Wartungsarbeiten läßt man z.B. nur noch durch Fremdfirmen erledigen. Neben den Qualitätsminderungen sind negative Folgen für den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht zu vermeiden. Der gesamte Bereich der Zulieferer wird ebenfalls nachhaltig belastet.

Verlagerung von Kapital und Arbeitsplätzen nach Osteuropa

Der Kostenschwerpunkt der Energiewirtschaft resultiert vor allem aus der Fixkostenbelastung (hohe Kosten für Anlageinvestitionen) und starre Leitungsgebundenheit der Energieversorgung. Unwirtschaftliche Kraftwerke werden deshalb kurzerhand stillgelegt, wenn Stromimporte günstiger sind. Kein privater Energieerzeuger wird zukünftig Milliarden investieren, um neue Kraftwerke im Inland zu bauen, wenn der Stromimport oder Investitionen in Osteuropa rentabler sind.

Ersatzinvestitionen realisiert man außerdem zukünftig wegen der günstigeren Rahmenbedingungen (geringe Umweltauflagen, schnelle Baugenehmigungen niedrige Baukosten etc.) in Osteuropa. Investitionen im Ausland führen zur Verlagerung von Arbeitsplätzen und Kapital. Durch den Strombezug aus dem Ausland verliert Deutschland naturgemäß jeglichen Einfluß auf Sicherheits- und Umweltstandards.

Keine Verminderung von Atomstrom

Der deutsche Ausstieg aus der Kernenergie bietet unseren europäischen Nachbarn (vor allem Frankreich) endlich die Gelegenheit, ihren überschüssigen Atomstrom nach Deutschland zu liefern. Seit 2000 liefert Rußland bereits Strom durch die Ukraine nach Westeuropa. Spätestens ab 2022 dürften zusätzlich weitere osteuropäische Atomstromproduzenten auf den deutschen Energiemarkt drängen.

Da Deutschland von einem Netz von Kernkraftwerken umgeben ist, bietet der einseitige deutsche Atomausstieg keine größere Sicherheit vor atomaren Unfällen, denn die west- und osteuropäischen Kernkraftwerke sind keinesfalls sicherer als die deutschen Kernkraftwerke, die weltweit zu den sichersten Anlagen zählten.

Negative Folgen für die Umwelt und ökologisch erzeugte Energieformen

Nach dem Atomausstieg müssen verstärkt fossile Energieträger (Gas-, Stein- und Braunkohle) eingesetzt werden, so daß die vertraglich zugesagten CO₂-Reduzierungen vermutlich nicht zu realisieren sind. Angesichts der drohenden Überschwemmung durch den französischen Atomstrom geraten sicherlich auch die staatlich subventionierten erneuerbaren Alternativenenergien aus Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse ins Hintertreffen.

Steigende Strompreise

Nach dem Kernenergieausstieg und dem Abbau der Kraftwerksreserven (Stilllegung vor unrentablen Kohle- und Gaskraftwerken) wird man die Strompreise in Deutschland drastisch erhöhen. Alle Verbraucher werden infolge der "Energiewende" wesentlich mehr bezahlen müssen, falls man ihnen überhaupt noch genügend Strom anbietet.

Erfahrungen aus den USA zeigen, daß unkalkulierbare Einflüsse wie z.B. Kälte, Hitzewellen, Sturmschäden und ähnliche Naturkatastrophen sofort auf den Verbrauch und die Strompreise durchschlagen (Angebot und Nachfrage). Preiserhöhungen von 15 Cent auf 7,5 Dollar pro kWh wurden dort bereits gefordert und gezahlt.

Versorgungssicherheit geht verloren

Wenn man im Jahre 2022 die letzten deutschen Kernkraftwerke (die seit Jahrzehnten weltweit

zu den sichersten und wirtschaftlichsten Kernkraftwerken zählen) ersatzlos abschalten muß, wird es in Deutschland große Unterkapazitäten und eine gefährliche Abhängigkeit von Stromimporten geben.

Da der Ersatz alter und störanfälliger Betriebselemente aufgrund von finanziellen Problemen der Energieversorgungsunternehmen unterbleibt, wird durch Überalterung der Erzeugungs- und Verteilungsanlagen sowie wegen fehlender Vorhaltung von ausreichenden Reserven die bisherige vorbildliche deutsche Energieversorgungssicherheit zunächst schleichend sinken und schließlich verloren gehen. Vor allem fehlende Reservekraftwerke werden vielerorts zu dramatischen Versorgungsengpässen führen.

Störungsfälle (regionale bzw. nationale Netzzusammenbrüche), die Stromschwankungen, Naturkatastrophen oder andere Ereignisse auslösen, sind infolge der katastrophalen Folgen der staatlich angeordneten Planwirtschaft ("Energiewende") nicht mehr kurzfristig zu beheben, denn die systematisch ruinierten Energieversorgungsunternehmen verfügen nicht mehr über genügend eigene Energiespezialisten. Die Anbieter des Billigstroms besitzen im allgemeinen kein teures Fachpersonal, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen kommen wird.

Grundbedürfnis nach sicherer Energieversorgung

Die Energiewirtschaft zählt gegenwärtig und zukünftig zur Basistechnologie der industriellen Zivilisation. Im Gegensatz zur angeblich enorm wichtigen Telekommunikation (Handy, Internet etc.) handelt es sich bei der Energieversorgung um kein überflüssiges Luxusbedürfnis. Eine zuverlässige Energieversorgung ist für die Gewährleistung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unersetzlich. Um in unserer heutigen "technischen Welt" überhaupt zivilisiert leben bzw. überleben zu können, benötigen die Menschen nicht nur ausreichende Nahrung, Wohnung und Kleidung, sondern sie sind in erster Linie auf eine sichere Energieversorgung angewiesen.

Fehlende Versorgungssicherheit zerstört den Industriestandort Deutschland und die gesamte volkswirtschaftliche Infrastruktur des Landes

Die Kernenergie bietet zur Zeit die einzige realisierbare Alternative, um den künftigen Energiebedarf unseres hochindustriellen Landes mittel- und langfristig zu befriedigen. Der durch die deutsche Bundesregierung (CDU/CSU und SPD) willkürlich angeordnete Ausstieg aus der Kernenergie (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgerne derzeit sichersten aller 473 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022) wird Deutschland zu einem Stromimportland degradieren und alle stromintensiven Industriebetriebe werden sehr schnell wegen fehlender Versorgungssicherheit ins Ausland abwandern.

Die Deutschen sollten sich deshalb rechtzeitig von der gegenwärtigen sicheren und zuverlässigen Stromversorgung verabschieden und sich auf ein etwas "anderes Leben" vorbereiten. Sie müssen sich infolge der unverantwortlichen staatlichen "Energiewende" (entschädigungslose Enteignung der privaten Energieerzeuger und staatliche Planwirtschaft) darauf einstellen, zukünftig mit wesentlich weniger Energie, reduzierter Mobilität und geringerer Lebensqualität auszukommen.

Da Deutschland außer der aufwendig zu fördernden Stein- und Braunkohle keine weiteren fossilen Energiequellen besitzt sowie nicht über die erforderlichen leistungsfähigen Energiespeicher verfügt, wird sich dank der ideologischen Energiewende der Industriestandort Deutschland zwangsläufig in ein Agrar- bzw. Entwicklungsland zurückentwickeln (verspätete Verwirklichung des Morgenthau-Plans).

Die staatlich angeordnete "Energiewende" (nach dem Vorbild der sozialistischen Planwirtschaft) wird die ehemals effektive, hochmoderne, umweltbewußte deutsche Energiewirtschaft letzten Endes in den wirtschaftlichen Ruin treiben. In Deutschland werden voraussichtlich spätestens ab 2022 nicht nur unentwegt die Lichter ausgehen, sondern auch die Zahl der soge-

nannten "Freunde" wird schon bald sehr übersichtlich sein, wenn der bisherige "Zahlmeister der EU" selbst wirtschaftliche und finanzielle Hilfe benötigt!

Dr. Ing. Günter Keil berichtet später über die Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland (x865/...): >>>Merkels Energiewende: Extrem teuer, aber direkt in die Sackgasse

Der ideologisch begründete, von allen anderen Industrieländern als schwer verständlich angesehene radikale Umbau der deutschen Energiewirtschaft, der einen massiven Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung sowie der Stromerzeugung mit Biogas mit dem Ziel der Zurückdrängung von Kohle und Kernkraft anstrebt, wird bereits seit mehreren Jahren verfolgt. Dieses wegen seiner Widersprüche zur Physik, der zahlreichen und unverständlichen schweren Versäumnisse und der absehbaren Unbezahlbarkeit unerreichbare Ziel wird zur Ausschaltung störender Einflüsse des freien Marktes mit immer neuen Gesetzes-Instrumenten der Planwirtschaft verfolgt, wobei die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung seltsamerweise die Energiepolitik der Grünen übernommen hat.

Mit der im März 2011 überstürzt beschlossenen und nur politisch motivierten Stilllegung von 8 Kernkraftwerken und damit dem Wegfall eines wichtigen Teils der nicht vom Wetter und vom Tageslicht abhängigen Stromversorgung wurde die bereits kritisch gewordene Situation noch zusätzlich verschärft.

Die Regierung war schon lange von allen renommierten Fachleuten und Institutionen vorgewarnt. Kein einziges der heute immer größer werdenden Probleme war unvorhersehbar.

Und sie hat den dramatischen Kurswechsel von 2011 ohne jede Vorwarnung und Konsultation der stark betroffenen und geschädigten Nachbarländer exekutiert - eine Rücksichtslosigkeit, die sich vermutlich noch rächen wird.

Die im Herbst 2010 verkündete Energiewende hatte tatsächlich das Jahr 2050 als Planungshorizont. Keine Nation dieser Welt hat jemals etwas auch nur annähernd Absurdes in ihrer Wirtschafts- oder Energieplanung vorgelegt. Mittlerweile beträgt die Haltbarkeit deutscher energiepolitischer Ankündigungen bis zu ihrer Änderung nur noch Monate.

Die deutsche Energiepolitik in den vergangenen eineinhalb Jahren gleicht einer Fieberkurve. Ihre schnellen Kurswechsel sind für die Wirtschaft schlimm genug. Was dabei aber leider unverändert beibehalten blieb, sind ihre fundamentalen Fehler aus der Vergangenheit: Die planwirtschaftlichen und damit stets zu hohe Kosten verursachenden staatlichen Maßnahmen, die unter dem Sammelbegriff "Erneuerbare Energien-Gesetz" bekannt sind. Und die Reihe dieser Fehler wird konsequent verlängert.

Die Regierung zappelt jetzt in den selbst gelegten Fallstricken. Die durch ihre Fehler verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen.

Die unten präsentierte Liste der Fehler ist vermutlich bereits unvollständig, wenn Sie diesen Artikel lesen.

Die Grundfehler der Energiewende

Der Kern des Kurses der Regierung ist das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG). Es weist vier grundsätzliche Fehler auf, die sich durch die strikte Durchsetzung und Ausweitung dieses Gesetzeswerks in eine Bedrohung des Standorts Deutschland verwandelten, ohne der Umwelt zu helfen:

Die unverständliche Fokussierung des EEG auf die Stromerzeugung ignorierte den Sektor Wärmeversorgung sowohl bezüglich der dort umgesetzten Energiemengen als auch bezüglich der Importabhängigkeit der dort eingesetzten, überwiegend fossilen Energieträger.

Dessen verspätete Einbeziehung (Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich) war von abrupten Änderungen der Förderung bis hin zu vorübergehenden Stops gekennzeichnet, die die Heizungsbranche einem unberechenbaren Wechselbad aussetzten und

die dringend notwendige Modernisierung bremsen. Stagnation auf niedrigem Niveau ist das Ergebnis. Die Milliardensubventionen wurden an diesem für Deutschland wichtigsten Energiesektor vorbei gelenkt - und dies dazu noch mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kollateralschäden im Sektor der Stromwirtschaft, dem das EEG eigentlich dienen sollte.

Das Ziel, bei der Stromerzeugung von fossilen Energieträgern wegzukommen, wurde mit einer falschen Förderungspolitik angegangen: Man wählte bestimmte Techniken dafür aus, anstatt Einsparziele für die Energieträger vorzugeben und die Wahl der dafür geeigneten Techniken bzw. deren Weiterentwicklung dem industriellen Wettbewerb zu überlassen. Damit schuf man Förderreservate für bestimmte Techniken, von denen sich die für das sonnenarme Deutschland weitgehend ungeeignete Photovoltaik als ein finanzielles Faß ohne Boden bei gleichzeitigem äußerst geringem Nutzen erwies - außer für China. Als ebenso ungeeignet für die Stromversorgung eines Industrielandes erwies sich auch die unzuverlässige Windkraft.

Der Grundidee, der das EEG dienen sollte, nämlich die Umwelt zu schützen, wurde es nur ganz am Beginn dieser Entwicklung gerecht. Jede Energietechnik, auch die "grünen", deren Potential in die Leistungsregion von Hunderten von Megawatt oder darüber ausgebaut wird, wird damit zwangsläufig zu einer von Umweltschützern stets verdammten "Großtechnologie" - mit allen zugehörigen Nachteilen wie Flächenverbrauch und Verlust an Biodiversität (Energiepflanzen), Rohstoffverbrauch, Umweltbelastungen durch schädliche chemische Emissionen (Photovoltaik) oder Lärmbelastungen (Windkraft); von der Landschaftsverhandlung gar nicht zu reden. Man hat am Ende nur alte Umweltprobleme gegen neue, problematischere ausgetauscht.

Das EEG hatte von Anfang an planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen. Diese Planwirtschaft wird von der Regierung weiter ausgebaut. Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung in Milliardenhöhe; starke Energiekostensteigerung ("Energiearmut"), Verlust der Wettbewerbsfähigkeit, Abwanderung der Industrie, am Ende Arbeitslosigkeit.

Die Regierung will bis 2030 die Stromerzeugung aus "Erneuerbaren" auf 50 % bringen und bis 2050 auf 80 %. Allerdings ist selbst eine auch nur teilweise sichere Versorgung des Landes mit Wind- und Solarstrom nicht möglich. "Die Stromeinspeisung sämtlicher Photovoltaik- und Windkraftanlagen kann zeitweise nahe null Prozent liegen, während hohe Einspeiseleistungen von mehr als 50 Prozent der installierten EE-Kapazitäten (= Erneuerbare Energien) nur an 5 bis 10 Prozent der Jahrestunden erbracht werden", stellte der Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft BDEW in seinem Monitoringbericht Ende 2011 nüchtern fest.

Deshalb wird jetzt die gesamte Stromversorgung doppelt aufgebaut: Mit einem gewaltigen Anteil der "Erneuerbaren" und dazu ein mindestens 80 % der gesamten Stromnachfrage abdeckendes Netz von Kohle- und Gaskraftwerken. Stromimporte müssen dann die restliche Lücke ausfüllen. Zudem muß das Übertragungsnetz enorm ausgebaut werden, weil die meisten Windräder leider im Norden stehen, wo ihr Strom nicht gebraucht wird. Durch Offshore-Windparks werden es noch mehr.

Die Liste der Versäumnisse und Fehleinschätzungen wird immer länger

Die Regierung hat erst vor kurzem begriffen, daß von Anfang an - das heißt bereits seit Einführung des EEG - riesige Stromspeicher zum Ausgleich der systembedingten starken Schwankungen des eingespeisten Wind- und Solarstroms erforderlich gewesen wären, die es aber nicht gab und die es auch innerhalb der kommenden 15-20 Jahre nicht geben kann. Damit war ein Ausgleich dieser Schwankungen von vornherein ausgeschlossen. Kraftwerke mußten das übernehmen. Und die dafür geeignetsten sind Kernkraftwerke. Sie arbeiten nicht nur CO₂-frei, sie waren und sind konstruktionsbedingt die mit Abstand schnellsten Regler im Netz, die

mit ihrer großen Leistungsregelungs-Kapazität ("Lastfolgefähigkeit") schnelle Schwankungen am besten ausgleichen konnten.

Die Regierung schaltet sie jetzt entschlossen ab - und stellt nun verblüfft fest, daß sie für die damit früher erfolgte Stabilisierung des Netzes heute keinen Ersatz bekommen kann. Neue Kohle- und Gaskraftwerke sollen das nun - unter Opferung der Klimaschutz-Ziele - übernehmen. Sie sollten auch die gefährliche Versorgungslücke schließen, die durch die abgeschalteten und noch stillzulegenden Kernkraftwerke entstand.

Aber wiederum hat man zu spät begriffen, daß auch das nicht funktioniert. Denn der im EEG festgelegte Vorrang für die Einspeisung des "grünen" Stroms zwingt die Kohle- und Gaskraftwerke zu einem ständigen Hoch- und Herunterfahren ihrer Leistung, was nach Abschätzung des BDEW zu einer Nichtauslastung von 40 % führen wird. Unter diesen Bedingungen werden alle Investitionen in solche Kraftwerke unrentabel - sie unterbleiben deshalb.

Auf diese Weise führt das EEG nicht nur zu einem immer größer werdenden Bestand an Wind- und Solarstromerzeugern, deren Stromerzeugung man immer seltener voll nutzen kann, das EEG verhindert zugleich die Errichtung konventioneller Kraftwerke als der einzig verbliebenen Möglichkeit zur Stabilisierung des Netzes. So wurde aus einem ursprünglich gut gemeinten Förderprogramm ein Monstrum, das absehbar die zuverlässige Versorgung des Landes mit elektrischer Energie beenden und große Schäden anrichten wird.

Die Reaktion der Regierung: Nicht etwa das Abstellen der Ursache - das ist der im EEG gesetzlich festgeschriebene Vorrang für "erneuerbaren" Strom -, sondern Überlegungen zu einer weiteren Subvention: Investitionszuschüsse für unwillige Kraftwerks-Investoren - und selbstverständlich die Überwälzung der Kosten auf die Verbraucher. Abermals Planwirtschaft statt Marktwirtschaft.

Dazu paßt auch der neue Plan der Regierung, die fällige Stilllegung unrentabler Kohle- und Gaskraftwerke per Verordnung zu verzögern und zu verbieten. Dies sind sowohl Altanlagen, die sich am Ende ihrer typischerweise 40-jährigen Lebensdauer befinden, mit schlechten Wirkungsgraden und entsprechend hohen Emissionen, als auch jüngere Kraftwerke, die durch den EEG-bedingten Abschaltungszwang unrentabel geworden sind. Wie bei allen anderen planwirtschaftlichen Eingriffen der Regierung wird man auch hierbei die Zusatzkosten, die man den Kraftwerksbetreibern für den unrentablen Weiterbetrieb bezahlen muß, den Verbrauchern aufbürden.

Die EU-Kommission bekämpft die deutsche Energiepolitik

Schon seit mehr als einem Jahr kritisiert der deutsche Energiekommissar Günther Oettingen die deutsche Energiepolitik auf das Schärfste. Mehrfach warnte er vor den bedrohlichen Folgen der hohen Energiesteuern für die Wirtschaft. Die extreme EEG-Förderung der Photovoltaik im sonnenarmen Deutschland kommentierte er mit sarkastischen Vergleichen und forderte ihren Abbau.

Im Mai 2012 bereitete die Kommission einen Doppelschlag gegen die deutsche Energiepolitik vor:

Die neuen Emissionszertifikate-Handel-Beihilfeleitlinien der EU verschärfen für Deutschland die Förderungsmöglichkeiten für den Bau von Kohle- und Gaskraftwerken. Investitionszuschüsse in Höhe von 15 % dürfen nur noch bei vollständiger Umsetzung der CCS-Technologie (Abtrennung und Speicherung des CO₂) gewährt werden. Deutschland hat aber die CCS-Richtlinie bisher nicht umgesetzt und kann das auch gar nicht mehr, seit der Bundesrat das Gesetz zur CO₂-Speicherung abgelehnt und Vattenfall daraufhin sein Pilotprojekt in Jämschwalde abgebrochen hat. Damit werde das im Energiekonzept 2010 verankerte Kraftwerks-Förderprogramm faktisch unmöglich gemacht, sagte BDEW-Chefin H. Müller.

Damit nicht genug: In einem Entwurf eines Strategiepapiers spricht sich die Kommission dafür aus, daß die Förderprogramme der EU-Staaten für den Ausbau von Sonnen- und Wind-

strom so schnell wie möglich auslaufen sollen. Insbesondere seien dadurch die Energiekosten für viele Menschen zu sehr angestiegen. Außerdem sollen die nationalen Fördersysteme einander angeglichen werden. Damit wäre das EEG und damit der zentrale Antriebsmechanismus der Energiewende in Frage gestellt - weshalb Berlin dagegen ist.

Die NRW-Ministerpräsidentin Kraft forderte die Regierung auf, sicherzustellen, daß die EU-Kommission staatliche Subventionen für die energieintensiven Industrien genehmigt, was keineswegs sicher ist. Andernfalls fürchte sie schleichende Arbeitslosigkeit in NRW.

Deutschland kehrt zur Kohle zurück

Der Ausstieg aus der Kernenergie, die einen großen Teil der Grundlast-Stromversorgung lieferte, bedeutete unausweichlich deren Ersatz durch andere Grundlastkraftwerke, und das sind in Deutschland allein Kohlekraftwerke. Daß dies der Preis für die Energiewende sein würde und wegen der dann wieder steigenden CO₂-Emissionen auch ein Ende der sogenannten Klimaschutz-Politik, war der Regierung klar. Sie bemüht sich intensiv um Neubauten und plant sogar, die Stilllegung von fossilen Kraftwerken zu verhindern (siehe oben).

Der Leiter des dem Bundesumweltministerium BMU unterstellten Bundesumweltamts Jochen Flasbarth erklärte jedoch dazu Anfang Juni 2012, es gebe "keinen Bedarf für neue Kohlekraftwerke". Im BMU war man "verstimmt".

Begleitet wird die Kohle-Renaissance in Deutschland vom Rezessions-bedingten Verfall der Preise für Emissionszertifikate (7 Euro pro Tonne CO₂, damit 60 % unter dem Niveau von 2011) wodurch Kohle in ganz Europa wieder attraktiv wird. Für den Bau neuer Kohlekraftwerke muß sich die Regierung allerdings neue Subventionsmodelle einfallen lassen, nachdem Brüssel bei den Investitionshilfen die rote Karte zeigte (s.o.). Man wird das Übliche tun: Den Strompreis weiter erhöhen.

Man hat auch den Widerstand der Bürger unterschätzt.

Die Bürger haben gelernt, daß sie recht wirksam unliebsame Entwicklungen in ihrer Umgebung verhindern können. Genau diese Fähigkeiten setzen sie seit einiger Zeit gegen nahezu alle Projekte ein, die jetzt zu wesentlichen Teilvorhaben der Energiewende ernannt worden sind:

Die Errichtung von neuen Pumpspeicherwerken, von Windkraftanlagen, von Hochspannungsfreileitungen, von Freiflächen-Photovoltaikanlagen, auch von Umrichterstationen zum Anschluß von Offshore-Windparks. Eine weitreichende Niederlage erlitt die Berliner Regierung mit ihrem Gesetzesvorstoß, der es ermöglichen sollte, in Kraftwerken abgetrenntes CO₂ zunächst versuchsweise in ehemaligen Gasspeichern zu lagern. Der Bundesrat lehnte es ab und will auch nicht den Vermittlungsausschuß anrufen. Bereits vor der Bundesrats-Abstimmung hatte es massive Proteste gegeben: "Stoppt das CO₂-Endlager" stand auf ungezählten Autoaufklebern im Raum Flensburg und massenweise in friesischen Vorgärten, an der Nordseeküste in Schleswig-Holstein und Niedersachsen brannten Mahnfeuer. Greenpeace zeigte sich übrigens über das Abstimmungsergebnis im Bundesrat erfreut.

Die Risiken werden bedrohlich

Die Regierung hat eine unheilvolle und die Sicherheit der Stromversorgung unterminierende Kombination zweier Fehlentscheidungen zu verantworten:

Sie hat das Erneuerbare Energie-Gesetz (EEG) unverändert beibehalten, womit der damit gesetzlich gesicherte Vorrang für die Einspeisung von Wind- und Solarstrom bei dessen unvermindert starkem weiterem Ausbau immer mehr zu massiven Störungen im Stromnetz führt. Und sie hat diese prekäre Situation durch die Abschaltung von 8 Kernkraftwerken nochmals extrem verschärft. Damit fehlt jetzt ein erheblicher Anteil an Wetter- und Tageslicht unabhängiger Grundlast-Stromerzeugung und gleichzeitig auch noch eine wichtige Regelungskapazität gegen Einspeisungsschwankungen, die gerade die Kernkraftwerke boten.

Im Winter 2011/2012 gab es deswegen bereits zwei sehr ernste Situationen, bei denen ein

Blackout gerade noch mit drastischen Notmaßnahmen verhindert werden konnte. Für den kommenden Winter rechnet man mit einer noch ernsteren Situation. Über die Folgen eines flächenweiten Stromausfalls, der dann mehrere Tage andauern würde, macht sich anscheinend noch niemand Gedanken.

Deutschland ist durch eine Kette fast unglaublicher Fehler und Unterlassungen in diese fatale Situation gebracht worden: Erst die Verabschiedung des EEG ohne jegliche Absicherung gegen die extremen Schwankungen der Stromeinspeisung durch Speicher - die man nicht hatte und deshalb "vergaß" - und dazu auch noch ohne die Möglichkeit, den in Norddeutschland erzeugten Windstrom durch das vorhandene Übertragungsnetz nach Süddeutschland zu transportieren.

Diese Unterlassung führte zu einer Zweckentfremdung von Gas- und sogar von Kohlekraftwerken als "Lückenbüßer"-Kraftwerke, die wegen der gesetzlich erzwungenen Grünstromeinspeisung ständig herauf- und heruntergeregelt werden mußten - und damit unrentabel wurden. Nicht genug damit erfolgte noch die hektische Stilllegung der Kernkraftwerke, womit bei dem aus den o.e. Gründen unterbleibendem Neubau von konventionellen Kraftwerken, der im Übrigen noch Jahre dauern würde, die Sicherheit der Stromversorgung bei steigenden Stromkosten weiter abnimmt.

Die steigenden Risiken für die Bevölkerung und für die Wirtschaft werden unten beschrieben. Weil die sehr viel ernsteren Auswirkungen dieser Politik erst noch kommen werden und der politische Widerstand noch gering ist, muß mit einem Festhalten an der Energiewende bis zum Zeitpunkt des Eintretens größter und unbeherrschbarer Probleme gerechnet werden, die dann nicht mehr durch das Umverteilen der angerichteten Schäden provisorisch repariert werden können.

Planwirtschaft statt Marktwirtschaft

Von vielen Autoren der Wirtschaftspresse ist bereits harte Kritik daran geübt worden, daß im Energiesektor immer mehr marktwirtschaftliche Grundprinzipien, die bisher den Erfolg der Industrienation Deutschland herbeiführten, von der Regierung mißachtet und durch politisch motivierte Verletzungen dieser Prinzipien ersetzt werden.

Diese planwirtschaftliche Tendenzen, die sich mit den extrem zunehmenden Subventionen für die ausgewählten "Erneuerbaren" zur Umwandlung des ehemals marktwirtschaftlich ausgerichteten Energiesektors in einen von Planwirtschaft gefesselten Sektor auswuchsen, kennzeichnen heute die Energiepolitik.

Mit den zwangsläufigen Folgen, die eine Planwirtschaft kennzeichnen: Verschwendung; starke Energiekostensteigerung (mit der Folge der neuen "Energiearmut" - s.u.); großer verspäteter Aufwand für das Beheben von Defiziten, die durch das jahrelange Ignorieren von zentralen Voraussetzungen für eine derartige Umgestaltung des Elektrizitätssystems entstanden sind (fehlende Speicher, unzureichendes Netz, fehlende konventionelle Kraftwerke als Sicherheit); Verwandlung des erhofften Nutzens in eine Bedrohung (Vertreibung der energieintensiven Industrie, Blackouts); Ärger mit den Nachbarländern wegen des Mißbrauchs ihrer Stromnetze als Abladeplatz für wetterbedingte Stromüberschüsse; technologischer Rückstand und der Verlust von Kompetenzen auf den nicht vom EEG begünstigten Feldern.

Diese EEG-verursachten Probleme wurden durch das plötzliche Abschalten von 7 Kernkraftwerken nochmals erheblich vergrößert. Zudem gab Deutschland damit seine bisherige Rolle als Exporteur von Grundlaststrom, mit dem das europäische Verbundnetz versorgt und stabilisiert wurde ohne Abstimmung mit den Nachbarländern auf.

Die durch die Fehler der Regierung verursachten Probleme werden noch durch neue und stets planwirtschaftliche Fehlentscheidungen zu verzögern versucht, was nur neue Schäden hervorruft und immer das gleiche Resultat ergibt: Die Risiken steigen weiter und die Stromverbraucher müssen es bezahlen.

Die Liste dieser Verstöße gegen die Marktwirtschaft ist bereits lang:

1. Das EEG, also die Zwangssubventionierung unwirtschaftlicher und auch technisch ungeeigneter Methoden der Stromerzeugung - verbunden mit dem Zwang, den so erzeugten Strom vorrangig ins Netz einzuspeisen und seinen Weiterverkauf notfalls noch zusätzlich zu bezahlen.
2. Entschädigungs-Verpflichtung für die Nicht-Produktion eines Wirtschaftsgutes - s. §12 EEG.
3. Die mit Angstszenarien begründete Stilllegung einer großen Grundlast-Stromerzeugung (Kernkraft) mit der Folge von Preissteigerungen - auch im Ausland - und Versorgungsengpässen.
4. Gewaltiger, teurer Ausbau der Stromnetze, der ohne die Fehlentscheidung der Bevorzugung unzuverlässiger und durch starke Leistungsspitzen gekennzeichnete Erzeugungstechniken - s. Punkt 1 - überhaupt nicht notwendig wäre.
5. Entlastung von energieintensiven Produktionen von den durch die EEG-Fehlsteuerung verursachten Strompreiserhöhungen - und deren Überwälzung auf die übrigen Verbraucher.
6. Geplante neue Subventionen, um weitere Folgen der Fehlsteuerung durch das EEG und den Kernkraftausstieg zu bekämpfen: Der Einspeisungszwang von Wind- und Solarstrom ins Netz macht die jetzt benötigten neuen Kohle- und Gaskraftwerke unrentabel, weshalb sich Investoren zurückhalten. Die Bundesnetzagentur empfiehlt daher, über Subventionen für den Kraftwerksneubau "nachzudenken". Deshalb hat die Bundesregierung einen Investitionskostenzuschuß für neue fossile Kraftwerke im Zeitraum 2013-2016 in Aussicht gestellt. Die EU will das jedoch verhindern - siehe oben. "Die EU bekämpft die deutsche Energiepolitik". Die vermutliche Reaktion der Regierung: Den Kraftwerksbauern höhere Strompreise garantieren und diese wieder über Umlagen den Verbrauchern aufbürden.
7. Geplante Verordnung zur Verzögerung bzw. zum Verbot der Stilllegung unrentabel gewordener Kohle- und Gaskraftwerke - mit der leider üblichen Kostenüberwälzung.
8. Stromspeicher werden im Ausland gesucht - so die per Seekabel teuer anzuschließenden Pumpspeicherwerke Norwegens - weil nicht benötigter, überschüssiger Windstrom zwischengespeichert werden muß. Fördermittel fließen in neue Speicherprojekte. Ohne die Fehlsteuerung durch das EEG hätten die vorhandenen Pumpspeicherwerke weiterhin ausgereicht.
9. Durch die Energieeinsparverordnung werden Hausbesitzer zur energetischen Sanierung und Nachrüstung gezwungen. Auch wenn sie das nicht wünschen. Sie dürfen die Kosten auf die Mieter umlegen.
10. Für Neubauten ist bereits die Installierung der sog. intelligenten Stromzähler vorgeschrieben. Ein Zwang für alle Verbraucher, diese Geräte anzuschaffen, ist angesichts der die Bürger bevormundenden Energiepolitik zu erwarten.
11. In Baden-Württemberg wurden Hausbesitzer bereits gesetzlich verpflichtet, bei einer Modernisierung ihrer Heizungsanlage eine anteilige Versorgung durch "Erneuerbare Energie" sicherzustellen.
12. Der staatliche Geldregen für Energiewende-Reparaturmaßnahmen lockt nun auch weitere Interessenten hervor: Auf der Energiespeicher-Konferenz IHRES in Berlin wurde ein Einspeisegesetz á la EEG auch für Energiespeicher, die das Netz stabilisieren sollen, gefordert. Auch Investitionszuschüsse seien geeignet.
13. Die zunehmende Energiearmut auf Grund unbezahlbarer Stromrechnungen hat zu Überlegungen des neuen Umweltministers Altmeier geführt, staatliche Stromkostenzuschüsse einzuführen.

Dazu gibt es bereits deutliche Stellungnahmen: "Im Energiesektor bewegen wir uns langsam, aber sicher auf eine komplette Planwirtschaft zu", warnte der CDU-Wirtschaftspolitiker Michael Fuchs. "Ein System zunehmender staatlicher Eingriffe ist marktwirtschaftlich nicht

sinnvoll und für den Verbraucher nicht bezahlbar", erklärte BDEW-Hauptgeschäftsführerin Hildegard Müller.

Die Regierung hat sich erpreßbar gemacht

Je mehr Engpässe durch die Fehlplanung der Energiewende auftreten, um so mehr Gelegenheiten bieten sich, die Regierung - oder auch deutsche Netzbetreiber - erfolgreich zur Kasse zu bitten. Es begann mit dem akut drohenden Netzzusammenbruch im Februar 2012. Stundeweise mußten die Netzbetreiber Strom zu horrenden Preisen im übrigen Ausland einkaufen, um einen Systemzusammenbruch zu verhindern. So mußte die EnBW Transportnetze AG am 9.2. um 4:45 Uhr vom Netzbetreiber Swissgrid in der Schweiz eine "Notreserve" von 300 Megawatt Stromleistung anfordern und dafür mit 3.000 Euro pro Megawattstunde einen Preis bezahlen, der um das Fünzigfache über dem normalen Strombörsenpreis lag.

Die zweite offensichtlich erfolgreiche Aktion startete der niederländische Netzbetreiber Tennet, der die neuen Offshore-Windparks - ein Kernstück der Energiewende - an das norddeutsche Stromnetz anschließen muß, aber jetzt angeblich Finanzschwierigkeiten hat.

Tennet hatte eine Idee: In einem Brief an den Bundeswirtschaftsminister schlug man vor, daß es "vor weiteren Aufträgen für den Anschluß von Offshore-Windparks bei der Haftung neue Regelungen geben müsse". Weiter wörtlich: "Wo Versicherungen nicht mehr einspringen, muß eine "Sozialisierung der Schäden" (!) ermöglicht werden". Treffender kann man es nicht ausdrücken.

Die unausgesprochene Drohung, den Anschluß der Windparks weiter zu verzögern, zeigte die erwünschte Wirkung: Ausgerechnet das FDP-geführte Bundeswirtschaftsministerium, das mit der Marktwirtschaft offenbar nichts mehr im Sinn hat, legte einen Entwurf für eine entsprechende Verordnung vor, mit der die Haftungskosten letztendlich per Umlage den Verbrauchern aufgepackt werden sollen. Also das mittlerweile übliche Verfahren.

Es gibt eine weitere Gefahr für die Energiewendeplaner: Durch die vom privilegierten EEG-Strom erzwungenen Drosselung der Kohle- und Gaskraftwerke wird jedes Neubauprojekt unrentabel und unterbleibt. Schlimmer noch: Auch bestehende Kraftwerke werden durch den privilegierten EEG-Strom unwirtschaftlich und die legt ein Betreiber in einer normal funktionierenden Marktwirtschaft konsequenterweise still.

Einen ersten Paukenschlag dazu löste der staatliche norwegische Energiekonzern Statkraft Mitte Februar 2012 mit der Mitteilung aus, daß der Betrieb seines 2009 von E.ON übernommenen Gaskraftwerks Emden "nach und nach eingestellt" werde und Statkraft auf den geplanten Neubau eines Gaskraftwerks am gleichen Standort verzichtet.

"Das Kraftwerk ist nicht mehr profitabel", erklärte Statkraft-Vorstandsmitglied Asbjorn Grundt gegenüber Reuters. Gegen den Bau eines neuen 430-MW-Gaskraftwerks sprächen zum einen die hohen Gaspreise, zum anderen "sei zu befürchten, daß die Anlage infolge der verstärkten Einspeisung von Wind- und Solarenergie nicht voll ausgelastet wäre". Dadurch gebe es zu wenig Spitzenlastzeiten für das Gaskraftwerk - die typische Betriebsweise derartiger Anlagen. Grundt weiter: "Eine Investitionsentscheidung kann es nicht geben, wenn das Risiko besteht, daß die Stromerzeugung der Anlage eingedämmt wird".

Auch andere große Energiekonzerne haben erklärt, daß sich der Bau von Gaskraftwerken in Deutschland derzeit nicht lohne. So erklärte der Energieversorger E.ON Mitte Mai, daß man für 2013 plane, die Gaskraftwerke Irsching 3 in Oberbayern, Staudinger 4 in Hessen und Franken 1 in Nürnberg stillzulegen. Die Summe dieser Kraftwerkskapazitäten entspricht einem Kernkraftwerk. Die bayerische Energiepolitik sah eigentlich vor, die Kapazitäten der Gaskraftwerke um 3.000-4.000 MW auszubauen. Die Landesregierung sah daher die Ankündigung "mit Sorge". Wirtschaftsminister Zeil forderte vom Bund eine schnelle Entscheidung, "wie man das Bereitstellen von Erzeugungskapazitäten seitens E.ON honorieren könnte" - also subventionieren. Weiterhin "dürften emissionsrechtliche Vorschriften nicht zu Stilllegun-

gen führen"; ein Schlag gegen die Umweltschützer.

Das führt zum nächsten Problem: Ohnehin sind etliche ältere, unmoderne Kraftwerke fällig zur Stilllegung. Diese vollkommen logische und auch absehbare Entwicklung ruiniert die Pläne der Regierung, die zum Stopfen der durch die KKW-Abschaltung aufgerissenen Versorgungslücke auf wesentlich mehr Kohle- und Gaskraftwerke setzt. Die unwilligen Kraftwerksbetreiber und Nicht-Investoren können sich nun ruhig zurücklehnen und die Angebote der verzweifelten Regierung abwarten.

Und schon setzt dort der bekannte Handlungsmechanismus ein: Man diskutiert über "neue Mechanismen und ein anderes Marktdesign für die Strompreisfindung". Eine Option seien "Kapazitätsmechanismen". Im Klartext: Mit einer zusätzlichen Vergütung sollen Investitionen für die "Vorhaltung von Erzeugungsleistung" - also den Bau von dann teilweise stillstehenden Kraftwerken, die bei Engpässen einspringen können - angeregt werden. Und auch der nach dem Bau unrentable Betrieb muß subventioniert werden. Die EU ist leider gegen Investitionshilfen - s.o. Also wird man es über höhere garantierte Strompreise regeln.

Auch der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft BDEW gibt der Regierung gute Ratschläge zur Lösung des Dilemmas mittels Planwirtschaft: Man müßte die am Ende ihrer im Durchschnitt 40-jährigen Lebensdauer stillzulegenden Altkraftwerke unbedingt weiter betreiben - natürlich erst nach erforderlichen Reparaturen, Nachrüstungen und Modernisierungen. Dies könnte "bei entsprechenden ökonomischen Rahmenbedingungen" - also Subventionen - "einen substantiellen Beitrag zur Deckung des Bedarfs an Kraftwerkskapazität liefern". Wer das dann bezahlen darf, ist klar.

Ein erhebliches Druckmittel besitzen auch die Übertragungsnetz-Betreiber, die - wie Tennet gerade vorführte - den entscheidenden Engpaß für die Durchleitung des in Norddeutschland erzeugten, überflüssigen Windstroms nach Süddeutschland mit einem riesigen Neubauprogramm beheben sollen. Und so bald weitere Verzögerungen und Kostensteigerungen eintreten, wird man auch hier die Hand aufhalten.

Nicht zu vergessen: Die Nachbarländer, denen Deutschland vermehrt nicht benötigten und die Netzstabilität störenden Wind- und Solarstrom in deren Stromnetze einleitet, beginnen sich zu wehren. Polen drohte bereits die Drosselung dieser unerwünschten Einspeisungen an, die nicht einmal mehr mit Zuzahlungen der deutschen Seite toleriert werden können.

Deutschland ist jedoch noch auf Jahre hinaus auf den Mißbrauch der benachbarten Stromnetze als Puffer für seinen überflüssigen grünen Strom angewiesen. Die Alternative wäre selbstverständlich die Abschaffung des EEG. Aber das muß offenbar um jeden Preis - und das ist hier ganz wörtlich zu nehmen - vermieden werden.

Weitere Drohungen sind bereits erkennbar: Die ostdeutschen Länder fordern eine Entlastung von den Netzkosten, die ihnen durch die Abgabe ihres enormen, aber dort überhaupt nicht benötigten Windstroms entstehen. Die süddeutschen Länder sollen das bezahlen.

Hafenstädte wünschen Beihilfen für ihre Hafenanlagen, die für den Aufbau der Offshore-Windparks auszubauen sind. Die zur Sicherung der Stabilität des riesigen Nieder- und Mittelspannungsnetzes dringend erforderliche, aber bisher unterbliebene Nachrüstung der Photovoltaikanlagen mit elektronischen Regeleinrichtungen wird erhebliche Kosten verursachen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit wie stets in der EEG-Umlage ihren Niederschlag finden werden.

Diese Liste verlängert sich im Monatsrhythmus.

Die Kostenlawine rollt

Neben der in jedem kommenden Winter drohenden Blackout-Gefahr stellen die stetig und unabwendbar ansteigenden Kosten der Energiewende - insbesondere der Haushalts-Strompreis - die größte politische Gefährdung dar. Die Regierung versucht verzweifelt, die energieintensive Industrie von den existenzgefährdenden Zusatzkosten (z.B. den steigenden Netzko-

sten) zu entlasten - und wälzt sie zusätzlich auf die Bürger.

Eine deutliche Warnung gab es mehrfach im Jahre 2011 von EU-Energiekommissar Günther Oettinger: Hohe Energiekosten gefährdeten nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern auch den sozialen Frieden, wenn ein Teil der Menschen die Stromrechnung nicht mehr bezahlen könne. "Ich bin überrascht, wie gedankenlos die Entwicklung der Strompreise hingenommen wird", sagte Oettinger. Deutschland zähle weltweit zu der Spitzengruppe bei den Strompreisen. Steuern, Abgaben und Umlagen summieren sich hier beim Strompreis auf 45,1 Prozent.

Die Medien haben das Thema bereits aufgegriffen: Das Handelsblatt titelte am 23.5.2011 "Merkels Strompreislüge": Die Bundeskanzlerin hatte im Juni 2011 erklärt: "Unternehmen wie Bürger müssen auch in Zukunft mit bezahlbarem Strom versorgt werden." Und sie versprach, daß die Ökostrom-Umlage bei 3,5 Cent / kWh stabil gehalten werde. Aktuell liegt sie bei 3,59 Cent. Michael Fuchs, in der Unionsfraktion für Wirtschaftspolitik zuständig, rechnet mit 4,5 Cent und mehr.

Prof. Helmut Alt von der FH Aachen wies allerdings darauf hin, daß diese Zahlen "verniedlicht" wurden, da es Nettobeträge ohne die Mehrwertsteuer sind. Aus der Zahl 3,5 Cent/kWh werden dann bereits 4,13 Cent/kWh.

Das wird wohl nicht reichen: Der riesige Stromnetz-Ausbau und der ebenfalls gewaltige Ausbau der Offshore-Windkraft haben noch gar nicht richtig begonnen und der weitergehende Zubau der Photovoltaik kommt noch hinzu. Ferner werden alle oben beschriebenen planwirtschaftlichen Maßnahmen nur weitere Kosten verursachen. Der Hauptteil der Wendekostenwelle steht also erst noch bevor.

Falls der beabsichtigte Zubau an konventionellen Kraftwerken überwiegend mit Gaskraftwerken erfolgen sollte, die von manchen Politikern im Gegensatz zu Kohlekraftwerken als bedingt umweltfreundlich angesehen werden, würde der Stromerzeugungspreis auf Grund der hohen Gaspreise zwischen 15 und 20 Cent / kWh liegen und damit 3 bis 6-mal höher als der Gestehungspreis des heute erzeugten Grundlaststroms, berechnete Prof. Alt. Darin seien die Kosten für den Ausbau des Netzes noch nicht enthalten.

Die durch das EEG veranlaßten Subventionen würden nach Schätzungen im Jahre 2012 vermutlich 14,1 Milliarden Euro erreichen - nach 11,76 Mrd. im Jahre 2011. McKinsey schätzt, daß allein 2020 die Stromverbraucher Kosten von 21,5 Mrd. Euro tragen müssen, die nur durch den Umstieg auf erneuerbare Energien verursacht werden. Insgesamt verursache die Energiewende von 2011 bis 2020 Kosten von 175 Mrd. Euro. Das Karlsruher Institut für Technologie schätzt, daß der Strompreis durch die Kosten der Energiewende bis 2025 gegenüber heute um 70 Prozent steigen wird.

Der Koordinator Energiepolitik der Unionsfraktionen Thomas Bareiß meinte besorgt und hilflos: "Die Strompreise werden zur Achillesferse der Energiewende. Wir müssen sie so gestalten, daß sie bezahlbar bleiben. Die Belastung darf nicht einseitig bei den Privatverbrauchern landen." Wie man Strompreise "so gestalten" kann, daß sie niemand mehr wehtun, verriet er nicht.

Das Gegenteil ist der Fall, denn: "Die Hauptlast tragen die privaten Haushalte", sagte dazu McKinsey-Experte Thomas Vahlenkamp.

Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat ergeben, daß arme Haushalte mit 1 % ihrer verfügbaren Einkommen relativ zehnmal mehr für die Subvention von Sonnen- und Windstrom zahlen als reiche mit 0,1 %. "Die derzeitige Finanzierung der Energiewende ist unsozial", stellte die auftraggebende Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) fest. Wegen unbezahlter Rechnungen wurde bereits 2010 600.000 Haushalten der Strom abgeschaltet, sagte Mieterbund-Chef Lukas Siebenkotten.

"Preisanstiege von rund 15 Prozent für Strom und Gas in den vergangenen zwei Jahren ma-

chen Energie für viele Haushalte unbezahlbar", sagte NRW-Verbraucherzentrale-Chef Klaus Müller der Welt am Sonntag. "10 bis 15 Prozent der Bevölkerung kämpfen damit, die Energiekosten zu finanzieren. Früher war Energiearmut ein Randproblem, doch mittlerweile ist es für viele ein Alltagsproblem geworden." Die steigende Energie-Armut sei alarmierend. INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr sprach von einem "unkontrollierten Kostenanstieg, der nicht länger hinnehmbar sei, weil er die Akzeptanz der Energiewende in der Gesellschaft untergrabe".

Jetzt begreift es die Regierung als Problem. Die Presse meldete am 4.6.2012, daß die Regierung Geringverdiener vor den steigenden Kosten der Energiewende schützen wolle. "Strom darf nicht zum Luxusgut werden. Der Staat ist da gefordert, Hilfen anzubieten", erklärte dazu Merkmals neuer Umweltminister Altmaier. Aber bereits zwei Wochen darauf ruderte er wieder zurück: "Altmaier lehnt Beihilfen für Arme ab", wurde in den Nachrichten mitgeteilt.

Anscheinend hatte er gemerkt, daß offizielle Stromkostenbeihilfen für Arme den Ruf der Energiewende als Strompreistreiber bestätigen würden. Nun soll es statt dessen Energieberatungen für alle geben. Wie das einer bereits von der Stromversorgung abgetrennten Familie helfen soll, wurde nicht erklärt. Das Energiearmuts-Problem wird sich somit weiter verstärken.

Typisch für die Regierung: Nicht die Ursache des Problems anpacken, die hohen Steuern, Abgaben und Umlagen, die den Strom so teuer machen, sondern mit Ersatzhandlungen Zeit gewinnen.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung nimmt in der Tat ab:

Nach einer repräsentativen Umfrage von TNS Emnid sind 41 % der Deutschen nicht willens, für "erneuerbare Energien" mehr zu zahlen als bisher - in Ostdeutschland sind es sogar 52 %.

Auch die Industrie leidet unter den Stromkosten, die laut H.-J. Kerkhoff, Wirtschaftsvereinigung Stahl, "... hier höher sind als in fast allen anderen Ländern." Die Aluminiumhütte Voerdal wurde dadurch bereits in die Insolvenz getrieben. "Die De-Industrialisierung Deutschlands hat bereits begonnen", stellte EU-Energiekommissar Günther Oettinger fest.

Deutschlands Strom- und Gaskunden drohen zudem nach einem Gerichtsurteil Preiserhöhungen an einer weiteren Front: Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat entschieden, daß die Bundesnetzagentur in der Vergangenheit den Anlagenwert der deutschen Strom- und Gasnetze zum Nachteil der Netzbetreiber zu niedrig kalkuliert habe. Nun drohen Schadensersatzzahlungen für entgangene Netzentgelte, und zwar rückwirkend. Wer das am Ende zu zahlen hat, ist klar.

Das Urteil des Auslands ist vernichtend

Es war dem World Energy Council (das größte internationale Netzwerk der Energiewirtschaft) vorbehalten, am 10.10.2011 das Ergebnis einer internationalen Expertenbefragung zur deutschen Energiewende zu präsentieren; eine Befragung, die die deutsche Regierung besser selbst durchgeführt hätte, und zwar rechtzeitig vor der Verkündung ihrer dramatischen Politikänderung. Grundlage der Ergebnisse sind Antworten aus den Rückläufen aus 21 Länderkomitees des World Energy Council, darunter 14 aus Europa.

Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Nur 38 % der Experten trauen Deutschland zu, einzelne Ziele - und zwar verspätet - zu erreichen.
- Bis 2020 erwarten 76 % der Experten eine Schwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands.
- Auch nach 2020 erwarten 48 % eine solche Schwächung.
- 71 % der Befragten erwarten Preissteigerungen für Strom im eigenen Land!
- Knapp zwei Drittel - 62 % - der Befragten sehen erhöhte Gefahren für die Versorgungssicherheit Europas.
- 81 % der befragten Länder lehnen den deutschen Weg als Vorbild für die Welt ab.

- Keiner der Experten hält es für vorstellbar, daß sein Land den deutschen Politikansatz vollständig übernehmen könnte.

- 62 % können sich vorstellen, einzelne Elemente der Energiewende zu übernehmen. 33 % kein einziges Element.

Dieses Gutachten der internationalen Energieexperten ist vernichtend.

Die Naturschützer geraten in die Zwickmühle

Im Anfangskapitel "Die Grundfehler..." wurden schon unter Ziff. 3 die erheblichen Beeinträchtigungen der Umwelt durch die Auswirkungen des massiven Ausbaus der sog. erneuerbaren Energien aufgezählt. Die ursprüngliche Idee, damit der Umwelt etwas Gutes zu tun, wurde durch den flächenfressenden Gigantismus der grünen Techniken und die zwangsläufig dadurch entstehenden Umweltprobleme ad absurdum geführt.

Gerade die Naturschützer müssen jetzt mit Schrecken diese Folgen zur Kenntnis nehmen: Neben dem sehr erheblichen Flächenverbrauch, den alle grünen Energietechniken wegen ihrer sehr geringen Leistungsdichte (erzeugte Kilowatt pro Quadratmeter) aufweisen, werden Biotope zerschnitten, Monokulturen nebst Dünger- und Pestizideinsatz lassen die Tierwelt verarmen, Windmühlen gefährden Vögel und Fledermäuse, Hochspannungstrassen - auch solche mit Erdkabeln - erfordern breite Schneisen, große Windparks werden neuerdings bevorzugt in Wäldern errichtet und die Verschandelung der Landschaft ist in vielen Regionen brutal geworden.

Bürgerinitiativen kämpfen energisch gegen den Bau aller neuen Pumpspeicherkraftwerke, wie zum Beispiel die in Atorf/Südschwarzwald von den Schluchseewerken geplante Großanlage. Der Schwarzwaldverein als Interessenvertreter der Bevölkerung hatte in den Anhörungen kritisiert, "die Region dürfe nicht bloß das Objekt für energiewirtschaftliche Ausbeutung werden." Die Vertreter des EVU räumten ein, daß sich die Landschaft deutlich verändern werde, "da werde man sich sicher erst dran gewöhnen müssen." Naturschützern müßten bei derartigen Äußerungen die Ohren klingen.

Wer zudem auch noch ein Menschenfreund ist, wird die Lärmemissionen der Windanlagen, den Elektromog durch Hochspannungsleitungen, die Brandgefahren der Photovoltaik und die Unfälle bei der Errichtung der diversen Anlagen mit ins Kalkül ziehen müssen.

Das einzige Ziel, das die im BUND und im NABU organisierten Natur- und Umweltschützer erreicht haben, ist der Kernkraftausstieg. Ihr weiteres Ziel, den Neubau von Kohlekraftwerken zu verhindern, die der BUND Klimakiller nennt, ist bereits gescheitert. Dennoch halten diese Verbände unbeirrt an dieser Forderung fest.

Zusätzlich greift der BUND eine der wichtigsten Maßnahmen an, die die Regierung zur Schonung der energieintensiven Industriebetriebe vor den gefährlich steigenden EEG-Umlagekosten getroffen hat: Die "besondere Ausgleichsregelung" im EEG. Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger forderte, "bei der EEG-Umlage alle Befreiungen und Sonderregeln für die Industrie zu überprüfen und dann entweder zu streichen oder auf wenige Sonderfälle zu beschränken". Seine Begründung: Für das "Gelingen der Energiewende" sei es nötig, "daß alle an ihren Kosten beteiligt sind und nicht die einen für die anderen zahlen".

Hier wird mit falschen Karten gespielt: Herr Weiger weiß genau, daß seine gut klingende Forderung nach einer gerechteren Verteilung der Kosten bei ihrer Verwirklichung der Energiewende den Todesstoß versetzen würde. Denn der dann eintretende Exodus der energieintensiven Industrie, der z.T. schon begonnen hat, würde durch die davon hervorgerufene Protestwelle von Industrie, Kommunen und Gewerkschaften die Regierung hinweg fegen. Sie mußte diese Kosten auf die Bürger überwälzen, in der Hoffnung auf Zeitgewinn, weil deren Protest vermutlich erst etwas später eine gefährliche Stärke erreichen wird. Wie man aber jetzt schon sieht, ist auch diese Hoffnung unberechtigt.

Die Regierung hat auch gar keine andere Wahl als den möglichst massiven Zubau von Kohle-

kraftwerken, der in den Planungen den Zubau der teuren Gaskraftwerke weit übersteigt. Diese Kohlekraftwerke werden gebaut, egal wie viele Windräder und Photovoltaikanlagen auch in Deutschland stehen werden. Was jetzt noch bleibt, sind die massiven Umweltprobleme durch die Energiewende - und diese nehmen kontinuierlich weiter zu. Der Naturschutz befindet sich auf der Verliererstraße.

Die durch die selbst verursachten Fehler und Schäden in die Enge getriebene Regierung ist nun offenbar zu der Ansicht gekommen, daß sie keine Rücksicht mehr auf die inzwischen nur noch lästigen Naturschützer nehmen darf:

Am 15.6.12 berichtete die Presse, daß Wirtschaftsminister Rösler "Naturschutzregeln aushebeln will, damit Stromautobahnen zügiger als bisher gebaut werden können". Rösler zur FAZ: "Darüber müssen wir mit der EU reden. Es geht vor allem um die Fauna-Flora-Habitat sowie die Vogelschutz-Richtlinie. Da müssen wir ran". Jedem Beteiligten müsse klar sein, daß auf die Herausforderungen der Energiewende auch unbequeme Antworten zu geben seien. "Uns wäre bereits geholfen, wenn wir zum Beispiel beim Durchqueren von Schutzgebieten einen Teil der EU-Regeln auf Zeit außer Kraft setzen könnten", sagte der Minister. Er versäumte allerdings zu erklären, was nach der erfolgreichen Zerschneidung eines Schutzgebietes die Wiederinkraftsetzung der Regeln noch helfen soll.

Er, Rösler, müsse sich aber zunächst mit Umweltminister Altmeier einigen, "der dem Naturschutz eine sehr hohe Bedeutung beimißt".

Einen derart offenen Angriff auf den Naturschutz hat es bisher noch nicht gegeben. Man muß Rösler, der sich hier als entschlossener Vollstrecker der original rot-grünen Energiewendepäne aufführt, sogar danken, denn er zwingt nun auch den organisierten Naturschutz zu einer klaren Haltung. NABU-Präsident Olaf Tschimpke nannte Röslers Vorschläge auch sofort "weltfremd und inakzeptabel". Rösler wolle "mutwillig verlässliche Rahmenbedingungen und jegliche Planungssicherheit für das Gelingen der Energiewende zerstören" und "setzt die gesellschaftliche Akzeptanz für die benötigten Energieinfrastrukturen aufs Spiel".

Starke Worte, aber seltsamerweise nur auf diese eine den Naturschutz beim Trassenbau beeinträchtigende Absicht bezogen. Kein Wort zu den viel größeren Natur- und Umweltschäden, die der riesenhafte Ausbau der "Erneuerbaren" anrichtet; statt dessen das wiederholte, nicht sehr überzeugende Beschwören des "Gelingens der Energiewende" - genau wie beim BUND (s.o.). Die großen Naturschutzverbände haben sich somit auf zwei für die Regierung äußerst wichtige Elemente der Energiewende eingeschossen, schrecken aber vor einer umfassenden kritischen Betrachtung zurück.

Es bleibt die Frage: Will man weiterhin aus politischen Erwägungen die Augen vor den massiven Beeinträchtigungen für die Natur verschließen, oder erinnert man sich an seine Prinzipien und seine Aufgaben?

Der politische Widerstand nimmt zu

In den Regierungsfractionen regt sich bereits deutliche Kritik - siehe das Kapitel zur Planwirtschaft. Gänzlich unerwartet ist jedoch ein neuer, sehr ernst zu nehmender Gegner für die Merkselsche Energiewende aufgetreten: Bundespräsident Joachim Gauck warnte anläßlich der Eröffnung der "Woche der Umwelt" in Berlin davor, die Energiewende per Planwirtschaft umzusetzen.

"Es wird uns nicht gelingen, allein mit planwirtschaftlichen Verordnungen. Schon gar nicht mit einem Übermaß an Subventionen", sagte er. Damit nannte er die zwei größten Schwachpunkte der Energiepolitik beim Namen. Wirtschaftsminister Rösler nutzte diese Gelegenheit, um eine Reform der Ökostromförderung zu fordern, deren Kosten die Bürger über den Strompreis zahlen müßten.

Ebenfalls kritisierte er, daß die konventionellen Kraftwerke durch den Einspeisevorrang für Ökostrom bei viel Wind und Sonne zu oft heruntergefahren werden müßten. Eine Wirkung

derartiger Äußerungen ist bislang nicht erkennbar; möglicherweise von ihm auch gar nicht angestrebt.

Interessant war die anschließende reflexartige Kritik der SPD am Bundespräsidenten. Ihr Umweltexperte Michael Müller verstieg sich dabei zu der interessanten Aussage, Gauck habe "mit seiner Ost-Mentalität Angst vor der Planwirtschaft". Diese scheint Herr Müller hingegen gut zu finden und er bestätigt damit unfreiwillig, daß die Energiewendepolitik tatsächlich weitgehend auf Planwirtschaft angewiesen ist. Präsident Gauck kann diese Kritik, die seine Meinung bestätigt, ungerührt hinnehmen. Schließlich weiß jeder, daß er ca. 40 Jahre Planwirtschaft, die die DDR unausweichlich in den Ruin trieb, direkt erlebt hat - und anschließend 22 Jahre westliche Marktwirtschaft. Wenn es also Leute gibt, die diesen Unterschied kennen und beurteilen können, dann die Ostdeutschen.

Außerdem scheint es die SPD-Kritiker nicht zu beeindrucken, welche Fehlsteuerungen und milliardenschwere Geldverschwendung die bisher einzige in Westeuropa praktizierte Planwirtschaft anrichtet: Die EU-Landwirtschaftspolitik.

Gauck hat die beiden Sargnägel von Merkmals Energiewende auf den Kopf getroffen. Sein Mut, das offen auszusprechen, dürfte die zahlreichen Gegner dieser Energiepolitik ermutigen.

Wann kommt das Ende?

Betrachtet man die bereits heute spürbaren und die unausweichlich noch eintretenden Auswirkungen, dann handelt es sich um ein mit gleichermaßen höchsten wie irrationalen Ansprüchen garniertes Projekt, das bei ausreichend langer Durchführung die Bürger ohne jede nützliche Gegenleistung ausplündern und den Standort Deutschland gegenüber seinen Konkurrenten jeglicher Wettbewerbsfähigkeit berauben wird.

Die Frage ist, wie groß der durch die Planwirtschaft angerichtete Schaden erst werden muß, wie viele Familien die Energiearmut noch treffen muß, wann die Energiewende-Heuchelei insbesondere bei den ehemals die Marktwirtschaft hoch haltenden Parteien aufhört und wie viele Industriebetriebe erst das Land verlassen müssen, bis eine Regierung die Notbremse zieht.<<

Der deutsche Physiker Horst-Joachim Lüdecke (Professor für Informatik und Physik) berichtet später über den deutschen Klimaschutz und die Energiewende (x862/...): >>**Klimaschutz und Energiewende: Aktuelle Gebote oder nachhaltige Irrwege?**

Als einzige große Industrienation verzichtet Deutschland auf die Kernkraft und erklärt dafür die erneuerbaren Energien zu den "Silberkugeln" seiner zukünftigen elektrischen Stromerzeugung. Keine Stimme des Auslands schickt Glückwünsche.

So schreibt der englische Daily Telegraph am 31.3.2011 "Frau Merkmals Beschwichtigung der nuklearen Hysterie ist weit über die deutschen Grenzen hinaus verstörend, weil sie die Kapitulation einer ehemals in Wissenschaft und Technik führenden Nation gegenüber einem ideologischen Irrationalismus aufzeigt".

Die Entscheidung gegen die Kernenergie ist indes nur vorläufiger Endpunkt einer konsequenten Entwicklung. Diese begann mit "Klimaschutz", schädigte daraufhin Landschaften, Vogel- und Fledermauspopulationen, küstennahes Meer, Schifffahrt und Meeressäuger mit Tausenden von Windrad-Ungetümen und wird schließlich unsere elektrische Stromversorgung und Volkswirtschaft nachhaltig beeinträchtigen.

Der Schutz des "globalen Klimas" sei der globalen Erwärmung wegen unabdingbar. Schon in lokalen Stadtblättern finden sich Artikel wie "Online mit dem CO₂-Spiegel die eigene Bilanz berechnen". Dabei gibt es überhaupt kein "globales Klima", sondern nur Klimazonen von tropisch bis polar. Jedes Klima war und ist immer in Veränderung begriffen. Konstantes Klima ist unmöglich und der Begriff "Klimaschutz" daher sinnlos. Der aktuelle Klimawandel hierzulande ist moderat. In früheren Zeiten hat es ungleich heftigere Veränderungen gegeben, so etwa in der "Kleinen Eiszeit" gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Wir fürchten uns heute vor

wenigen Zehntel Grad C in 100 Jahren und übersehen, daß unsere Vorfahren in der Weichsel-Kaltzeit Klimasprünge von mehreren Grad C während ihrer Lebenszeit erleiden mußten - ohne anthropogenes CO₂.

Gletscherforscher bezeugen höhere Temperaturen als heute über zwei Drittel der letzten 10.000 Jahre. Die Alpengletscher waren in längeren Warmperioden stets fast verschwunden. Nur deswegen konnte Hannibal mit Elefanten über die Alpen ziehen. In heißen mittelalterlichen Sommern trockneten Flüsse aus. Die Fundamente der berühmten Regensburger Steinbrücke wurden in der trockenen Donau gebaut, und die Kölner überquerten damals den Rhein zu Fuß. Man stelle sich Medienmeldungen über eine "Klimakatastrophe" vor, wenn sich solche natürlichen Ereignisse heute wiederholten!

Bis 250 Jahre lange Thermometer-Reihen und insbesondere 2.000 Jahre lange Temperaturreihen, rekonstruiert aus Baumringen und Stalagmiten, zeigen Extreme, die die Variationen des 20. Jahrhunderts übertreffen. Es gibt keine Korrelation zwischen den irregulären Temperaturverläufen und dem vom Menschen verursachten ansteigenden CO₂-Gehalt der Atmosphäre. Ohne CO₂ als lebenswichtigen Bestandteil der Photosynthese gäbe es weder Pflanze noch Mensch. Mehr CO₂ verbessert die Ernteerträge. Wir sollten daher CO₂-Zunahme begrüßen und den kostspielig-unsinnigen Zertifikatehandel beenden. Die USA haben letzteres bereits getan.

Weltweit finden Wetterdienste keine Trends zu mehr Stürmen, Tornados, Dürren oder Überschwemmungen. Sogar das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) schreibt in seinem Dritten Sachstandsbericht von 2001 in Kapitel 2.7 "eine Zunahme von Extremwetterereignissen ist nicht auffindbar".

Das Eis der Arktis unterliegt natürlichen langfristigen Schwankungen. So wurde die Nordost-Passage bereits 1878 durch Erik Nordenskjöld befahren. Ähnlich wenig Eis wie heute gab es schon einmal in den sehr warmen 1930ern. In jeder kühleren Phase kehrt es wieder zurück. Der Meeresspiegel steigt seit 10.000 Jahren, aber ein durch anthropogenes CO₂ bedingter oder gar beschleunigter Meeresspiegelanstieg ist bis heute weder mit Pegeldata noch mit Satellitenmessungen belegbar.

Nur mit Computer-Modellen, die nicht einmal die großen dekadalen Oszillationen oder den El Nino vorhersagen können, lassen sich Klimakatastrophen konstruieren. Insbesondere der "Hot Spot", eine von den Modellen unabdingbar geforderte Erwärmung der hohen Atmosphäre, ist nicht auffindbar. Daher sind die IPCC-Modelle falsch.

Unstrittig wirkt das vom industrialisierten Menschen in die Atmosphäre gebrachte CO₂ erwärmend. Global sind es ca. 1 °C mehr, wenn sich (hypothetisch) der CO₂-Gehalt der Luft verdoppelt. Aber selbst zu dieser unbedenklichen und vorteilhaften Erwärmung kann es nicht kommen, denn dazu müßten alle förderbaren fossilen Brennstoffe verfeuert werden. Wir leben übrigens immer noch in der Zwischenwarmzeit eines Eiszeitalters. Die Wissenschaft definiert als Eiszeitalter, wenn beide Erdpole gleichzeitig vereist sind. Unsere Warmzeit wird vielleicht schneller enden, als es uns lieb ist.

Die Klimaforscher seien sich einig sagen Politik und Medien. Das Gegenteil trifft zu! Die Gegenstimmen von unzähligen hochrangigen Klimaforschern in Petitionen und Manifesten sowie in schon über 800 gegen die IPCC-Aussagen gerichteten Peer-Review Fachveröffentlichungen werden der Öffentlichkeit vorenthalten, ebenso wie wissenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Alarmisten und Skeptikern. So lud am 20.4.2011 das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung Klimaexperten von EIKE zu einem wissenschaftlichen Workshop ein. Das für die Öffentlichkeit zweifellos interessante Protokoll des Treffens ist bis heute nur in www.eike-klima-energie.eu einsehbar.

Die CO₂-Autosteuer, politische Täuschung? Ein Auto emittiert rund 150 g CO₂/km, d.s. bei 10.000 km jährlich insgesamt 1,5 Tonnen und bei einer Milliarde Autos weltweit 1,5 Milliar-

den Tonnen CO₂/Jahr. Ein Mensch atmet jährlich etwa 0,4 Tonnen CO₂ aus, 7 Milliarden Menschen rund 3 Milliarden Tonnen CO₂/Jahr - dies nicht naturgegeben, denn wir ernähren uns nicht von wilden Beeren. Das ausgeatmete CO₂ entspricht dem bei der Nahrungsherstellung, z.B. beim Brotbacken erzeugten CO₂. Die CO₂-Steuer für Autos ist daher nur eine zusätzliche Verbrauchssteuer auf Benzin - warum nicht, die Politik sollte dies aber ehrlich sagen.

Noch absurder sind CO₂-Emissionseinsparungen bis 2020 um 14 % gegenüber dem Jahre 2005, zu denen sich Deutschland in der EU verpflichtet hat. Sogar extreme IPCC-Projektionen unterstellt, kann Deutschland damit nur eine Reduzierung der mittleren Globaltemperatur von unmeßbaren 0,0007° C erzielen (FAZ vom 9.1.2009) - bei volkswirtschaftlichen Kosten von mehreren 100 Milliarden Euro.

Photovoltaik- und Windräder sollen in Deutschland langfristig 80 % des Bruttostromverbrauchs abdecken, eine technisch/wirtschaftliche Unmöglichkeit! Wind- und Sonnenstrom ist für Nischenanwendungen, meist von Entwicklungsländern, jedoch keineswegs in größerem Umfang für ein modernes Industrieland geeignet, denn sie haben zwei unabdingbare Nachteile: Die Unstetigkeit der Energielieferung und die zu geringe Energiedichte von Wind und Sonne. So kann man sich zwar gefahrlos der Sonne aussetzen und auch noch in einem stärkeren Wind stehen, steckt aber seine Hand nicht in einen Brennkessel und steigt nicht in einen reißenden Gebirgsfluß.

Zu kleine Energiedichte bedingt einen unwirtschaftlich hohen Aufwand bei Erzeugung von elektrischer Energie, daher der Zwang zu überdimensionalen Propellern, um dem Wind noch brauchbare Energiemengen zu entziehen. Wirtschaftlich noch ungünstiger ist die Photovoltaik. Rechnerisch sind viele 100 km Windräder hintereinander für ein einziges KKW zu installieren. Es ist wie mit den Kirschen: Wind-, Sonnenenergie und Kirschen sind teuer, weil sie nur mit großem Aufwand "gepflückt" werden können. Der Unterschied zwischen Photovoltaik und Solarpanelen zur Warmwasserbereitung ist allerdings zu beachten. Letztere sind für sommerliche Anwendungen sinnvoll, denn hier sind hohe Energiedichten nicht nötig.

Der entscheidende Nachteil ist aber die Unstetigkeit von Wind und Sonne, Windräder liefern beispielsweise hierzulande (auch Off-Shore) nur ca. 25 % der Zeit nennenswert Strom. Drehende Rotoren bedeuten noch keine Stromerzeugung, was am berühmten v³-Gesetz von Strömungsmaschinen liegt: die vom Windrad erzeugte elektrische Energie ist proportional zur 3-ten Potenz der Windgeschwindigkeit ... Im Klartext: Bläst der Wind mit halber Stärke werden nur noch ca. 12 % Strom erzeugt.

Elektrische Energie kann man in großem Umfang nur mit (einem) extremen, kostspieligen Aufwand speichern. Daher muß - der Öffentlichkeit kaum bekannt - zu jedem Windrad und jeder Solaranlage ein schnell reagierendes Gaskraftwerk bereitstehen, das bei Wind- oder Sonnenflaute einspringt. Trotz der inzwischen hohen installierten Nennleistung von Windturbinen und Photozellen können somit keine klassischen Kraftwerke eingespart werden. Für die extrem teuren Speicherpumpwerke als einzigen realistischen Maßnahmen zur Abpufferung des unstetigen Energieangebots der Natur fehlen in Deutschland die topographischen Voraussetzungen.

Die Kernenergie sei ethisch nicht mehr vertretbar. Eine wirtschaftliche und sicherheitsrelevante Entscheidung wird damit sachfremd getroffen. In der von der Bundesregierung berufenen 14-köpfigen Kommission zur Energiewende befanden sich drei Kirchenvertreter, aber kein einziger Energie-Experte - ein Rückfall in Zeiten vor der Aufklärung.

Jede Form der Energieerzeugung ist mit Kollateralschäden verbunden, etwa den vielen Opfern des Untertage-Kohleabbaus. Bei ideologiefreier Risikobewertung sind deutsche KKW sicher. Daran ändern auch die Havarien von Tschernobyl, Harrisburg und Fukushima nichts, bei denen hierzulande undenkbar Verletzungen von Sicherheitsregeln Ursache waren. Der europä-

ferne Siegeszug der Kernenergie ist ohnehin unaufhaltsam. Anders ist der Energiehunger der wachsenden Weltbevölkerung nicht zu stillen.

Ein nuklearfreies Deutschland wird maßgebende Nachteile im globalen Wettbewerb erleiden und Arbeitsplätze einbüßen. Vollends unverständlich ist das Ignorieren der Entwicklung von inhärent sicheren Typen der nächsten KKW-Generationen. Auch das Transmutationsverfahren zur radioaktiven Abfallreduzierung auf wenige Prozent ist Medien und Politik keiner Erwähnung wert. Die EU finanziert diese Entwicklung von bereits Pilotreife mit mehr als einer Milliarde Euro. Trotz KKW-Abstinenz darf sich Deutschland nicht der Kernenergie-Forschung und KKW-Weiterentwicklung verschließen! Da der deutsche Aderlaß an KKW-Leistung nur mit Gas und Kohle ausgleichbar ist, ist Rückkehr zur Kernkraft spätestens dann geboten, wenn inhärent sichere KKW's zur Verfügung stehen.

Profiteure des Klima-Alarmismus und der Energiewende haben Konjunktur, nur nicht der Verbraucher, der die Zeche zahlt. Windrad-, Solarplattenhersteller und der allgemeine Maschinenbau bis hin zum Handwerker, der Solarplatten aufs Dach schraubt, vertreten nachvollziehbare Interessen. Das nur vordergründig korrekte Argument neuer Arbeitsplätze übersieht den weit höheren Arbeitsplätzeverlust durch Kaufkraftschwund infolge steigender Energiepreise. Noch nie hat eine moderne Industrienation unwirtschaftliche Verfahren günstigeren zur Verfügung stehenden Methoden vorgezogen und daraus gar Vorteile erlangt.

Starken Lobbydruck zeigen die kostspieligen Beilagen vieler Zeitungen, die unablässig um Investoren in erneuerbare Energien werben. Rückversicherungen und Investment-Banken, die sogar eigene Klimaabteilungen betreiben, sind Hauptprofiteure. So schreibt naiv-unverblümt die Barclays Bank "CO2 Vermeidungstechnologie ist eine einzigartige Chance für Banken, um vom signifikanten Wachstum dieses Sektors zu profitieren und gleichzeitig zu demonstrieren, daß man einen positiven Beitrag gegen den Klimawandel leistet". Ein Schelm, wer dabei an eine neue, später platzende Blase denkt.

Auch die Politik ist höchst interessiert, spült doch der CO2-Zertifikatehandel Geld in die Staatskasse. Weitere Profiteure sind Klimatologen, Bürokraten des Klimawandels, NGO's und Weltverbesserungsideologen. Der Physiker Dr. Link vermerkt zutreffend auf seiner skeptischen Webseite "So ist festzustellen, daß es nicht mehr um die Wahrheit zum Klima und zur Energie geht, sondern daß die Finanzkräfte im Gleichschritt mit den Klimatologen, der Politik, den Medien und, erstaunlich genug, mit den Umweltparteien und Verbänden hier das Ruder übernommen haben. Insbesondere die Wissenschaft der Klimatologie hat sich korrumpiert und ist zum Alibi der Finanzwirtschaft geworden."

Klimaschutz und erneuerbare Energien sind Umverteilung von unten nach oben. Den wirtschaftlich Schwachen aufgezwungenen Energiepreise wandern in die Taschen der Profiteure, dies auch noch gesetzlich verankert. Der volkswirtschaftlich und sozial verheerende Spuk von Subventionen für erneuerbare Energien ist daher zu beenden. Es müssen wieder freie Marktgesetze einkehren, denen sich alle Stromerzeugungssysteme zu stellen haben.

Allerdings ist eine geradezu panische Angst aller politischen Parteien unübersehbar - vor Wählern nämlich, die auf Grund jahrzehntelanger grüner Propaganda, geschürt von allen deutschen Medien, ihrer rationalen Urteilsfähigkeit verlustig gegangen sind. Deutschland hat indes immer noch ein großes Wählerpotential an technischer Intelligenz. Hierauf muß eine ehrliche und mutige CDU/CSU-Politik wieder aufbauen.<<

Prof. Sigurd Schulien (deutscher Physiker, Hochschullehrer i.R.) berichtete später über die Energieerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland (x866/...): >>Welche Energietechnik ist den Deutschen erlaubt?

Die Lösung der Energiefrage in Deutschland ist eines der wichtigsten technischen und politischen Probleme, das in naher Zukunft angegangen werden muß mit dem Willen zu echten und dauerhaften Lösungen. Die Frage ist sehr komplex und historisch belastet. Da imperiale An-

sprüche mit der Energiefrage verknüpft sind, ist die Diskussion heikel und voller Fallgruben und ideologischer Vernebelungen. Nichts hat die Geschichte der letzten hundert Jahre so geprägt wie der Kampf um die Kontrolle der Ölreserven der Welt in erklärten und unerklärten Kriegen. Dem Erdöl wird von F. William Engdahl die wichtigste Rolle im Kampf um die Weltherrschaft zugeschrieben, aber auch von anderen klugen Beobachtern.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte sich, daß die zukünftige technische und wirtschaftliche Entwicklung sehr eng mit dem Erdöl verknüpft sein wird. Automobile und Flugzeuge benötigen zu ihrem Betrieb Benzin, das aus Erdöl destilliert wird.

Nach dem ersten Weltkrieg mußte Deutschland seine Rechte an dem mesopotamischen Erdöl (Bagdadbahn) an die Siegermächte abtreten. Es hatte damit keine nennenswerten Energievorräte mehr - abgesehen von der Steinkohle im Ruhrgebiet -, nachdem die oberschlesischen Gruben an Polen, die saarländischen an Frankreich abgetreten waren. Da das unseren westlichen Freunden nicht genügte, erfolgte 1923 die Ruhrbesetzung, die leider nicht den gewünschten Erfolg brachte (Abtrennung des Ruhrgebiets von Deutschland).

Deutschland hatte zu jener Zeit allerdings noch beträchtliche geistigtechnische und moralische Ressourcen. Seine Wissenschaftler und Techniker entwickelten in kurzer Zeit ein effektives Verfahren, um aus dem heimischen Energierohstoff Kohle durch Hydrierung (Anlagerung von Wasserstoff an Kohlenstoff) Benzin zu produzieren. Die Führung des Staates erkannte die Bedeutung der Erfindung und förderte mit beträchtlichen Mitteln den Bau von Hydrieranlagen. Das künstliche Benzin war natürlich teurer als das aus dem billigen Erdöl der Kolonien gewonnene - aber die Erpressungsmöglichkeiten waren reduziert.

Das Energieproblem war technisch gelöst, aber nicht politisch - was dann zu kriegerischen Auseinandersetzungen führte (2. Weltkrieg). Nach dem erfolgreich durchgeführten Kreuzzug gegen die Terroristen in Mitteleuropa konnten sich die siegreichen Amerikaner ab 1945 an den Umbau der deutschen Wirtschaft machen, wie es die Kriegsziele vorsahen. So wurden die Kohleverflüssigungsanlagen geschlossen (die in der östlichen Zone erst nach 1989) sowie der Bergbau allmählich gedrosselt und der Erdölverbrauch gefördert - die Ölvorräte waren ja in guten Händen.

Etwas voreilig hatte man in den sechziger Jahren die Nutzung der Kernenergie freigegeben, weil man glaubte, die Hand auf allen Uranlagerstätten und ein Monopol auf die Urananreicherung zu haben. Das war zu kurz gedacht, denn es stellte sich heraus, daß im Schnellen Brüter oder im Hochtemperaturreaktor - der in Deutschland bis zur Serienreife entwickelt worden war - neben der Energie auch der benötigte Brennstoff erzeugt werden kann. Mittels der fortgeschrittenen Kernenergietechnik hätten sich also einige wichtige Staaten vom Einfluß der guten Menschen aus New York unabhängig machen können.

Da dies dem Sinn der Geschichte widersprochen hätte (Rathenau) und genau das Gegenteil der jahrzehntelangen zähen Bemühungen der Wall-Street-Mächtigen war, wurde die Gefährlichkeit der Kernenergie entdeckt.

Die befreundeten Medien und Geheimdienste sorgten dafür, daß diese Gefahr nicht verborgen blieb. Die Kampagne war sehr erfolgreich. Sie wird bis heute von einer bunten Schar unterschiedlichster Hilfstruppen weitergeführt. Denn das technisch-wissenschaftliche Know-How der Kerntechnik und Kohletechnik ist in Deutschland immer noch nicht erloschen - trotz intensiver Bemühungen unserer guten Freunde aus dem Westen.

Die Kernenergieindustrie wehrte sich mit dem Argument, daß bei der Nutzung der Kernenergie keine Umweltverschmutzung auftritt wie bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, also kein Schwefeldioxid, keine Stickoxide, kein Kohlendioxid (das kein Schadstoff und Klimakiller ist wie die Leute von der Wall-Street behaupten) usf. Die Retourkutsche der Erdölbosse waren die radioaktiven Abfälle aus den Kernreaktoren. Seitdem vernebelt der ideologische Streit um fossile bzw. nukleare Energieträger mit unreflektierten Schlagworten die Gehirne

eines Großteils der Menschheit.

Der Ausgang des Disputs Erdöl gegen Kernenergie war in Deutschland bei Würdigung der bestehenden Machtverhältnisse unzweifelhaft. Als Ersatz für die Kernenergie durfte man sich in Deutschland mit regenerativen Energien beschäftigen, also mit Windenergie, Sonnenenergie, Erdwärme, Wellenenergie sowie Energieeinsparung als neuartiger Energieform etc.

Die Pfiffikusse von jenseits des Atlantiks hatten sich dabei vermutlich folgendes gedacht: das von den Medien gelenkte Publikum ist erfreut darüber, daß etwas auf dem Gebiet der "natürlichen und sauberen Energie" geschieht. Außerdem kann man mit den regenerativen Energien allein keine großen Netze betreiben oder ganz Deutschland mit Energie versorgen. Denn Solarenergie und Windenergie werden mit zu geringer Intensität und zu großen Schwankungen diskontinuierlich angeboten. Die Verbraucher möchten allerdings eine konstante gleichmäßige Energielieferung. Um diese Forderung zu erfüllen, braucht man einen leistungsfähigen Energiespeicher für die regenerativen Energien.

Das einzige Speichermedium, das für die Solar- oder Windenergie in größerem Umfang in Frage kommt, ist der Wasserstoff, da er leicht durch Wasserzersetzung erzeugt werden kann, gut transportabel und speicherbar und sein Verbrennungsprodukt mit Sauerstoff reines Wasser ist: eine ideale Lösung sowohl für kleine Inselnetze als auch für große Einheiten auf der Basis regenerativer Energien. Ohne Speicherung sind die regenerativen Energien nutzlose Spielerei und können die bestehenden Energiesysteme nicht ersetzen.

Als Verfahren für die Speicherung des gasförmigen Wasserstoffs hat man zunächst die Speicherung in Drucktanks erwogen. Solche Tanks sind allerdings zu groß, um sie in normalen Personautos einzusetzen, abgesehen von anderen Schwierigkeiten der Sicherheit und Infrastruktur. Für die mobile Anwendung könnte man aber den Wasserstoff in Form von Methanol speichern, das durch eine chemische Reaktion von Wasserstoff und Kohlendioxid hergestellt wird. Methanol ist ein geeigneter flüssiger Energieträger, für den z.B. die vorhandene Verteilungsinfrastruktur (z.B. Tankstellennetz) ohne große Änderungen benutzt werden kann.

Mit der Wasserstofftechnik bzw. der daraus abgeleiteten Methanoltechnik könnten die regenerativen Energien ihren endgültigen Durchbruch erzielen. Daß dies den Weltpolitikern bzw. Globalstrategen nicht in den Kram paßt, ergibt sich aus dem vorher gesagten. So tauchte bald das Argument auf, die Wasserstofftechnik komme erst in hundert Jahren. Woher man das weiß, ist nicht bekannt. Die Hilfstrupps in Bonn und Berlin haben diese Aussage fleißig kolportiert. Daß damit die regenerativen Energien auch erst in hundert Jahren kommen, haben sie nicht laut gesagt.

Ein weiteres Argument gegen die Wasserstofftechnik kam von den Grünen: diese Technik helfe nur der Großindustrie und sei damit nicht förderungswürdig. Basta! Ab Mitte der 1990er Jahre - als der Einfluß der 68er in allen Parteien bestimmend geworden war - wurde die staatliche Förderung der BRD-Wasserstoff-Projekte zurückgefahren bzw. eingestellt. Dafür wurde der Absatz von Windenergieanlagen und Fotovoltaiksystemen in steigendem Maße subventioniert. Diese Windräder liefern allerdings bei Windstille oder Schwachwind keinen Strom, ebensowenig wie die Solarzellen nachts oder bei wolkenverhangenem Himmel.

Die grünen Energiepolitiker waren sich schnell einig, daß dieses Problem leicht mit Batterien zu lösen sei. Allerdings gibt es auf der Welt nicht so viel Blei (für die Elektroden der Batterien), um die Energieversorgung Deutschlands für einige Wochen durch Batterien sicherzustellen.

Die von den Grünen aller Parteien vorgeschlagene Stromversorgung Deutschlands durch Windräder ist also durch folgende Eigentümlichkeit gekennzeichnet: Bei Windstille wird der Strom für Küche, Fernseher usw. durch konventionelle Kraftwerke geliefert. Deutschland muß also fast die doppelte Kraftwerkleistung installieren statt der real benötigten.

Noch kurioser wird es bei Starkwind. Wegen des EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) müssen

bei starkem Wind (also bei hoher Stromproduktion) die konventionellen Kraftwerke, die billigen Strom liefern, abgeschaltet werden, damit die Netzspannung nicht zu hoch wird durch den im Übermaß in das Netz gepumpten Strom.

Daher die hohen und derzeit steigenden Strompreise und das Politiker-Gerede, wir hätten zu viele Kraftwerke. Natürlich haben wir in der BRD mehr Kraftwerk-Kapazität als erforderlich, weil konventionelle Kraftwerke vorgehalten werden müssen für den Fall der Windstille oder Wolken am Himmel. Man könnte mit dem überschüssigen Strom Wasserstoff erzeugen durch Wasserzersetzung, aber das ist verboten.

Denn ein noch größeres Hindernis für die Wasserstofftechnik als die Unwissenheit und Beratungsresistenz der Politiker ist die Gesetzeslage dieser unserer BRD. In dieser US-Kolonie gelten nämlich immer noch viele Kontrollratgesetze, die nach 1945 von den Besatzungsbehörden erlassen wurden. Diese Gesetze stehen gemäß Grundgesetz - Artikel 139 (Befreiungsgesetz) über jedem deutschen Recht und können von deutschen Parlamenten nicht aufgehoben werden.

Gemäß Kontrollratgesetz Nr. 23 vom 10.4.1946 ist die Kohleverflüssigung in Deutschland verboten (s. www.de.wikipedia.de/Kontrollratgesetze) und damit die Wasserstofftechnik, die ja ein Teil der Kohleverflüssigungstechnik ist. Ebenso ist gemäß Kontrollratgesetz Nr. 25 B die Herstellung von Methanol nach dem Hochdruckverfahren nur mit Genehmigung unserer Freunde aus der westlichen Wertegemeinschaft möglich.

Welche Energiepolitik ist also für die BRD erlaubt?

Kernenergie ist verboten, Energie aus deutscher Kohle unerwünscht (muß verboten werden), Energie aus Erdöl und Erdgas nur zulässig, wenn Öl und Gas aus den Ländern der westlichen Wertegemeinschaft stammen und die CO₂-Abgabe an die Börse entrichtet wird, Wasserstoff-Energietechnik ist nicht erlaubt wegen Kontrollratgesetz Nr. 23 und da keine CO₂-Abgabe für den Emissionshandel möglich ist.

Deutsche Energiepolitik im Sinne unserer Freunde aus der Londoner City und der Wall-Street bedeutet: Deutschland zahlt, auch für die Geldsäcke in Paris. Energieautarkie darf es für Deutschland nicht geben, Deutschland muß erpreßbar bleiben. Damit ist die Frage aus der Überschrift beantwortet:

Keine dem deutschen Wohl dienende Energietechnik ist erlaubt. Als Energietechnik für die BRD bleiben also nur die erneuerbaren Energien ohne Speicherung. Damit ist die deutsche Frage im Sinne unserer Freunde aus dem Westen gelöst.

Näheres zu diesem Thema findet man im Internet unter www.adew.eu.

Wenn jetzt noch Zweifel daran bestehen, daß Deutschland immer noch von seinen Freunden aus der westlichen Wertegemeinschaft vernichtet werden soll, dann sollte man sich die Hollywood-Filme der letzten Jahre ansehen, die mit unserem Land zu tun haben.<<